

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riessa
Fremde Nr. 22
Postfach Nr. 22

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riessa, des Rates der Stadt Riessa, des Finanzamts Riessa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsamt
Dresden 1594
Groschen
Riessa Nr. 22

Nr. 189.

Dienstag, 18. Juni 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Wiedereintritts von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ungezogene die 20 mm breite, 1 mm hohe Anzeigensätze (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Anzeigensätze 100 Gold-Pfennige; je nach Umfang und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, je nach Umfang. Anzeigen an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riessa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riessa. Für Anzeigen: Wilhelm Uhlmann, Riessa.

Das Reich Stalins.

Immer noch Politik Kampf sein. Kann sie wie in Rußland kein Kampf zwischen den Parteien mehr sein, dann wird sie zum Kampf innerhalb der einen herrschenden Partei. Ohne Zweifel haben die Bolschewiken geglaubt, nach Abschaffung der Parteiführer eine kommunistische Idealstaat schaffen zu können, der zwar schwierige wirtschaftliche Probleme zu lösen bekäme, aber von bedenklichen parteipolitischen Zersetzungen unbelastet bleiben könnte. Die Diktatur war nur als Übergang zu einem Zeitalter und zu einer Gesellschaftsordnung der allgemeinen Betriebsführung gedacht. Die allgemeine Betriebsführung sollte dann die auch nach der Lehre von Karl Marx zuletzt doch unentbehrliche demokratische Grundlage des Staates wiederherstellen. Aber solche Theorien lassen sich leichter im künftigen Bereiche des Gedankens aufstellen als in der harten Praxis mit ihren materiellen Schwierigkeiten durchzuführen. Und dabei sind nicht einmal die wirtschaftlichen Schwierigkeiten die größten. Politisch ist immer die Organisation des Zusammenwirkens von Menschen. Jeder möchte bei diesem Zusammenwirken oben auf sein. Auch die von gleichen politischen Ideen erfüllten Persönlichkeiten sind nicht immer selbstlos genug, um dem Gemeinwohl die Herrschaft ohne Neid zu überlassen. Schließlich kann immer nur einer auf der Kommandoebene stehen, während viele sind, die sich diesen Platz austragen und wanken. Hat man also den Widerstand gegenwärtiger Parteien mit Gewalt ausgeschaltet, so bricht nur umso richtiger der Wettbewerb um die führenden Posten innerhalb der eigenen Partei los. Das ist die Situation im heutigen Rußland.

Wenn Lenin länger gelebt hätte, würde wahrscheinlich nicht einmal seine eigene Partei und von großer historischer Tradition getragene Persönlichkeit den gegenwärtigen Auseinandersetzungen in Rußland entgangen sein. Sie liegen zu sehr im Wesen der Politik und der Menschen. Politisch wird sich dieser Kampf um die Macht immer in irgend welche Formen kleiden, die nicht das Persönliche, sondern das Sachliche in den Vordergrund stellen. Aber wie müssen die sachlichen Gegensätze überleben werden, um auf die Massen zu wirken und leidenschaftliche Kämpfe zu entfesseln! Schon in demokratischen Ländern, wo die Parteien die Wähler für sich gewinnen, und, was davon unzertrennlich ist, gegen die anderen Parteien aufbringen müssen, wird viel mit Liebestreibern und Vergrößerungen gearbeitet. Die parteipolitische Debatte wird losgelassen im Lapidarstil geschrieben, weil sie sonst der breiten Masse, die nicht so viel Zeit wie der Berufspolitiker übrig hat, unverständlich bliebe. Handelt es sich nun bloß noch um Schattierungen des Tempos oder des Temperaments, wie in Rußland, so muß eben auch aus diesen Unterschieden schon ein genügend sichtbarer Gegensatz herausgehämmert werden. Stalin, Trotski, Bucharin, sie alle wollen den Marxismus, sie alle brauchen deshalb die Industrialisierung Rußlands, sie alle können den Bauern und sein Privateigentum, obwohl er die große Masse des russischen Volkes darstellt, in ihren politischen Konstruktionen nicht brauchen. Wenn sie sich jetzt jagen, wenn Stalin die Trotski und Bucharin zu Boden schmeißt, so geht es in der Hauptsache doch nur, weil eben Stalin regieren, sich von niemand dreinreden und am wenigsten von einem Posten verdrängen lassen will. Das sind die psychologischen Faktoren, an denen alle schönen politischen Idealstrukturen vorbeischießen, an denen auch Karl Marx und August Bebel vorbeischießen haben, was bei ihnen umso verständlicher ist, als sie gerade in einem Zeitalter rationalistischer mechanischer Ideen lebten, dem die Psychologie noch wenig bedeutete. Woer Trotski, der die Linkspolposition führte, noch Bucharin an der Spitze der Rechtsopposition, vertrat ein grundsätzlich neues Programm. Nur wollte Trotski den Kampf gegen den Bauern, den Kulak, etwas schwächer, Bucharin etwas milder geführt haben als Stalin. Dieser Kampf könnte aber sowohl nach dem einen wie nach dem anderen Regent zum gleichen Ziele führen, schlimmstenfalls etwas später oder mit etwas größeren Opfern. Politisch wesentlich sind diese Meinungsverschiedenheiten, die es innerhalb der Führung jeder Partei immer geben wird, gewiß nicht. Aber das Verlangen der menschlichen Persönlichkeit, sich auszuwirken, die eigenen Ideen auch selbst zu verwirklichen, die Beachtung zu finden, deren sie sich wert fühlt, das führt zu Zusammenstößen, die die Gefahr der Zersetzung in einem von einer einzigen Partei regierten Lande genau so heraufbeschwört, wie in einem Lande, dessen Ministerie von verschiedenen Parteien erstrebt und umstritten werden. Die Zersetzungsgefahr ist größer oder geringer, je nach Temperament, Charakters und sonstigen Eigenschaften der führenden Persönlichkeiten. Möglich, daß Stalin besonders energiegeland und herrschaftstüchtig ist, wie ja denn auch Lenin auf dem Sterbebett vor ihm noch warnen zu müssen glaubte. Während Trotski oder Bucharin oder andere selbstloser oder großzügiger handeln, wenn sie an Stalins Stellung hätten treten können? Möglich, aber nicht sicher! Und so zeigt gerade auch das Beispiel Rußlands, wie sich Politik nicht nach Schablonen und Theorien machen läßt. Sie muß immer von lebendigen Menschen gemacht werden. Das ist der Faktor, den jede Klassenkampftheorie, jeder historische Materialismus zu unterschätzen geneigt ist. Es bedarf erst der großen selbstlosen und vernünftigen Persönlichkeiten, wenn man eine selbstlose und vernünftige Politik haben will.

Die Wehrdebatte im Reichstag beendet.

Schlusssitzungen für Geheimrat Rahl.

18. Berlin, 17. Juni 1929, 12 Uhr.

Der Platz des Abg. D. Rahl (Dsp.), der heute seinen achtzigsten Geburtstag feiert, ist mit einem riesigen Blumenkranz geschmückt. Abg. D. Rahl ist beim Beginn der Sitzung noch nicht anwesend.

Die zweite Beratung des Wehr-Etats

wird fortgesetzt.

Abg. Erling (Str.)

stimmt dem Minister zu in seinen Ausführungen über die Abrüstungsfrage. Die aus diesem Anlaß von der „Frankfurter Zeitung“ an dem Minister geübte Kritik sei unberechtigt. Deutschland, das seine Pflicht aus dem Versailles Vertrag erfüllt, habe ein Recht, die andern an ihre vertragliche Abrüstungspflicht zu erinnern. Die Reichswehr muß als Instrument des Staates von allen entgegengesetzten Einflüssen ferngehalten werden. Die gute Tradition der Reichswehr ist Pflichterfüllung im Dienste für Volk und Vaterland und Hellighaltung des der Republik geschworenen Eides. Trotz des christlichen Friedenswillens ist es Pflicht aller Republikaner, jedem Versuch, Gebiete von Deutschland abzuzureißen, mit größter Entschiedenheit, auch mit den Waffen in der Hand, entgegenzutreten. Das Wehrprogramm der Sozialdemokratie beginnt mit dem Satz: Die Sozialdemokratie lehnt den Krieg als Mittel der Politik ab. Die Konsequenzen dieses Satzes, nämlich, eigentlich die Ablehnung der Wehrmacht sein, aber das sozialdemokratische Wehrprogramm zieht vernünftigerweise diese Folgerung nicht. Wir sind im allgemeinen mit der Führung unserer Reichswehr einverstanden und danken den Männern, die sie vor zehn Jahren geschaffen haben.

Abg. Dr. Leber (Soz.)

Der Anfangsplatz unserer Wehrprogramms bedeutet die Ablehnung der falschen Lehre: „Wer den Frieden will, rufe für den Krieg!“ Wir sagen: Wer den Frieden will, der arbeite für ihn und bekämpfe den Krieg. Auf das Instrument der Landesverteidigung können wir nicht verzichten, solange ringsum die Staaten trotz aller Abrüstungsverpflichtungen noch in Waffen stehen. Wir bedauern, daß in Frankreich auch Parteigenossen von uns nicht für Abrüstung, sondern für Aufrüstung gewirkt haben. Wir begrüßen es, daß der Wehrminister die Gedanken, die seine erste Rede bei uns erregte, aus dem Wege geräumt hat durch die klarere Formulierung in seiner zweiten Rede, daß die Reichswehr ein Instrument der Republik sein soll. Die Worte des Abg. v. Lottum-Borbeck waren in ihrem Aueu wohl von der Tatsache beeinflusst, daß er jahrelang unter Regern gelebt hat (Vante Flu- und Protest-Rufe rechts). Wenn man von gleichem Aueu spricht, so ist das höchstens eine Beleidigung für die Regier (Vizepräsident Ester nach dem Redner zur Ordnung). Symptomatisch für den Nachwuchs der republikanischen Reichswehr ist der Vorgang in Kiel, wo Kadetten einem Manne die Beschäftigung eines Schiffes verweigerten, weil er das schwarzrotgoldene Abzeichen der Republik trug. (Hört! hört!) Wir verlangen, daß ein bestimmter Prozentsatz des Offizierkorps aus dem Unteroffizierstande hervorgegangen sein muß.

Abg. Schmidt-Hannover (DR.)

nennt die Streichungen im Verbe-Etat wirtschafts- und wehrpolitisch verhängnisvoll. Die Oberleitung in Hannover und Ostpreußen sei jetzt schon aufs Schwerste gefährdet. Ueber der Wehrpolitik der Sozialdemokraten liege verwerfende Zweispaltigkeit. Sie pendeln zwischen Deutschland und Marzella. Befehl und Entwicklung der Sozialdemokratie beweisen, daß mit ihr nicht regiert werden kann. Die Maßnahmen des Ministeriums atmen unadäquates Entgegenkommen gegenüber der Linken. In der Garnisonverlegung werden die nationalpolitischen Gefahren der Ostmark verkannt. Hinter allen Maßnahmen des Wehrministeriums muß das Ziel stehen: Föderung der Fesseln von Versailles. Die schamlose Deuselei der Genfer Abrüstungskonferenzen gibt uns die Plattform, unseren Anspruch auf Abrüstungsfreiheit anzumelden und eine grundsätzliche Revision unserer Stellung zum Völkerbund vorzunehmen.

Abg. Brünninghaus (Dsp.)

meint, die Ausführungen des Abg. Dr. Leber seien demagogisch gewesen und hätten die Koalitionspolitik nicht gefördert. Die vom Abg. Schmidt-Hannover ausgegebene Parole hätten die Deutschnationalen selbst nicht befolgt, als sie in der Regierung saßen. Der Redner rühmt dann den guten Geist, der in unserer kleinen Marine herrsche. Die Auslandsreisen unserer Kriegsschiffe hätten dem deutschen Namen Ehre gemacht. Die Kleier Wert sollte aufrechterhalten, der Bau eines eigenen Eisbrechers erwogen werden. Angesichts des negativen Ergebnisses der Abrüstungskonferenzen könne Deutschland auf seine Marine nicht verzichten. Die Notwendigkeit des Panzerkreuzers A sollte jetzt auch von den Sozialdemokraten anerkannt werden. Es sei zu wünschen, daß in unserer neuen Marine die Tradition der alten Kaiserlichen Marine gepflegt werde, jener Geist, der sich in der Verfassung der Flotte bei Scapa Flow zeigte.

Abg. Rippenberger (Komm.) beschäftigt sich mit einer ganzen Reihe von Positionen des Wehr-Etats, die nach seiner Meinung viel zu hoch angesetzt sind.

Abg. Rühlker (Soz.) bemängelt, daß der Stahlhelm-Tag in München durch Reichswehrfahrwerke mit Stroh beliefert worden sei.

Abg. Freidel (Dsp.) verlangt die Aufrechterhaltung der Werte in Wilhelmshaven.

Abg. Schaefer (Komm.) macht die Sozialdemokratie mit verantwortlich für die „legale“ Politik des Reichswehrministeriums.

Abg. Günlich (Soz.) erklärt, die schlechte Finanzlage des Reiches erlaube es nicht, die veralteten Schiffe durch Neubauten zu ersetzen. Den großen Militärmächten sei unsere kleine Flotte doch nicht gemach, auch nicht mit dem neuen Panzerkreuzer. Zwei Werften könnten für die kleine Reichsmarine nicht beschäftigt werden.

Hier wird die Beratung unterbrochen durch die am Freitag zurückgekehrten Abstimmungen zum Etat des Reichswehrministeriums.

Der Etat wird in der Anschließung angenommen.

Das Haus unterbricht dann die Beratung für eine Feier aus Anlaß des 80. Geburtstages des Abg. Dr. Rahl.

der inzwischen im Saal erschienen ist, und dessen Platz ein großer Rosenkranz zierte.

Präsident Lobe

spricht unter lebhaftem Beifall des Hauses dem Abg. Dr. Rahl die Glückwünsche des Reichstages aus. Der Reichstag ist stolz und erfreut, Sie in solcher Rüstigkeit und Frische an unserem Werke mitarbeiten zu sehen, er ist einzig in dem Sinne, Sie noch lange mit schaffen zu sehen an dem rechtlichen Ausbau des neuen Deutschland. Die Spuren Ihrer Mitarbeit trägt die Verfassung von Weimar und trägt eine lange Reihe von Gesetzen und Rechtsnormen, die ein unruhiges Jahrzehnt und abnützte. Und jetzt, 80 Jahre alt, sind Sie Tag um Tag bemüht, als Führer des Strafrechtsauschusses Ihre Lebensarbeit zu krönen durch das große Werk des Strafgesetzbuches. Wenn wir Ihnen heute die Hand reichen, dann in der gewissen Hoffnung, es bald wieder tun zu können, nämlich, wenn ich die Vollendung dieses gesetzgeberischen Werkes von diesem Platte aus verkinden darf, daß dann für immer mit Ihrem Namen verknüpft sein wird. Zunächst also bis dahin, hochverehrter Herr Kollege, Rüstigkeit, Frohsinn und warme Abneigung! Das winkt unser Blumenstrauß Ihnen zu. (Beifall) Beifall und Handclatschen auf allen Seiten des Hauses.)

Nach der Glückwunschede des Reichstagspräsidenten, die von den Anwesenden stehend angehört (die Kommunisten sind nicht anwesend) und mit Handclatschen aufgenommen wird, geht Abg. Dr. Rahl zur Rednertribüne hinauf. Reichskanzler Müller schließt ihm gratulierend die Hand

Abg. Dr. Rahl

dankt dem Reichstagspräsidenten und dem Reichstag in einer Ansprache, in der er ausführt: Den Gruß und den Glückwunsch, den ich von der deutschen Volksvertretung heute entgegennehmen darf, muß ich neben dem Gruß und Glückwunsch des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung als die höchste Auszeichnung erkennen und befehlen, die ich auf diesem Höhepunkt meines Lebens überhaupt erfahren kann. Von Verdiensten sollte oder nicht gesprochen werden. Der Dienst, den ich hier leisten kann, dient zu meinem höchsten Lebensglück, gerade in der ersten Zeit des Vaterlandes. Ich bin nicht eingetreten in die Nationalversammlung und in den Reichstag aus Reichsbürokratie zur Politik oder aus dem Gedanken, als ob mir auf politischem Gebiete ein besonderer Beruf oder eine besondere Befähigung zukomme. O nein, was mich getrieben hat, das ist die heilige Liebe zum Vaterlande. Die hat mich in die Nationalversammlung und in den Deutschen Reichstag getrieben. Das war das höchste und vornehmste Organ, das berufen war und ist und sein wird zur Wiederanrichtung, zum Wiederaufbau unseres geliebten Vaterlandes. Bedingt in diesem Sinne habe ich hier meine Tätigkeit ausgeübt, um kleine Bausteine beitragen zu können zu diesem Wiederaufbau. Das ist auch mein Voratz für die Zukunft. Wahlreformen allein werden nicht einen Reichstag schaffen, der das deutsche Volk wieder auf die Höhe führen kann. Ich lebe und sterbe in der Hoffnung, daß es dem Deutschen Reichstag, der deutschen Volksvertretung, beschieden sein wird, das deutsche Volk wieder auf die Höhe des Glüdes zu tragen und zu bringen, in dem wir dann mit tieferem Ernst, mit größerer Zuversicht als heute sagen können: „Blüh im Glanze dieses Glüdes, blühe deutsches Vaterland!“

Mit lebhaftem Beifall wurden diese Worte aufgenommen. Die Fraktionsführer beglückwünschten Dr. Rahl noch persönlich.

Dann setzte der Reichstag die Abstimmungen zum Wehr-Etat fort.

Während der Abstimmungen erklärt Abg. Dr. Cuno (Dn.), die Deutschnationalen müßten die Verantwortung